



**Brüssel, den 13. Oktober 2025
(OR. en)**

**13933/25
ADD 1**

**COH 190
SOC 661
ENER 522
ENV 1005
CADREFIN 253
POLGEN 160**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	10. Oktober 2025
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Betr.:	ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN EVALUIERUNG (ZUSAMMENFASSUNG) Halbzeitevaluierung der durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Kohäsionsfonds und den Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) finanzierten kohäsionspolitischen Programme 2021-2027

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument **SWD(2025) 327 final**.

Anl.: **SWD(2025) 327 final**



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 10.10.2025
SWD(2025) 327 final

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN
EVALUIERUNG (ZUSAMMENFASSUNG)

Halbzeitevaluierung der durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Kohäsionsfonds und den Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) finanzierten kohäsionspolitischen Programme 2021-2027

{SWD(2025) 299 final}

1. Hintergrund und Gegenstandsbereich

Diese Zusammenfassung enthält die wichtigsten Ergebnisse der Halbzeitevaluierung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Kohäsionsfonds und des Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) für den Zeitraum 2021-2027. Die drei Fonds decken zusammen ein Viertel des langfristigen Haushalts der EU im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 und einen erheblichen Teil aller kohäsionspolitischen Mittel ab. Angesichts ihres beträchtlichen Umfangs und ihres breiten Anwendungsbereichs tragen die drei Fonds entscheidend zur Verwirklichung der Ziele der politischen Agenda der EU bei.

Der Zweck der Halbzeitevaluierung besteht darin, eine möglichst umfassende Bewertung des Programmplanungszeitraums 2021-2027 vorzunehmen – unter Berücksichtigung der aufgrund verschiedener Faktoren verzögerten Inanspruchnahme. Dazu gehören eine Bestandsaufnahme der Fortschritte bei der Inanspruchnahme des EFRE, des Kohäsionsfonds und des JTF sowie eine Analyse der Anwendung der wichtigsten rechtlichen Neuerungen und der Folgen kürzlich erfolgter Änderungen. Die Evaluierung liefert Belege für die Nützlichkeit der laufenden Halbzeitüberprüfung der Programme. Darüber hinaus wird die Halbzeitevaluierung – zusammen mit der Ex-post-Bewertung für den Zeitraum 2014-2020 – in die Debatte über die Zukunft des EU-Haushalts und den Vorschlag der Kommission für den MFR 2028-2034 einfließen. Schließlich dient die Halbzeitevaluierung als Grundlage für die Ex-post-Bewertung des Zeitraums 2021-2027, die bis Ende 2031 abgeschlossen sein soll.

Die Analyse stützt sich auf die qualitativen und quantitativen Daten der Verwaltungsbehörden zu ausgewählten Vorhaben, Ausgaben sowie Output- und Ergebnisindikatoren. Außerdem stützt sie sich auf relevante Studien, die von der Kommission und anderen einschlägigen Institutionen veröffentlicht wurden. Umfangreiche Arbeiten zur Beteiligung der Interessenträger, darunter Umfragen, Interviews und ein Seminar, ergänzen die Analyse. Es wurde eine begrenzte Modellierung durchgeführt, um die möglichen Auswirkungen der jüngsten Änderungen des Regelungsumfelds zu beleuchten. Die Halbzeitevaluierung wird gemäß den fünf Kriterien für eine bessere Rechtsetzung durchgeführt: Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und EU-Mehrwert.

2. Feststellungen

Wirksamkeit

Die Inanspruchnahme begann verspätet, nahm dann jedoch an Fahrt auf und erreichte 2024 das Niveau des Zeitraums 2014-2020. Gemäß dem Rechtsrahmen 2021-2027 wurde eine Reihe von Vereinfachungsmaßnahmen eingeführt, um die Anfangsphase der Inanspruchnahme zu beschleunigen. **Die Gründe für die Verzögerung sind weitgehend externer Art** und stehen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise und dem grundlosen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die beide nicht vorhersehbar waren. Parallel dazu brachte die gleichzeitige Anwendung der Krisenreaktionsinstrumente auf EU-Ebene, insbesondere der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), Herausforderungen mit sich, da

Maßnahmen zur Inanspruchnahme mit kürzeren Fristen priorisiert wurden. Einige Vereinfachungsmöglichkeiten, z. B. vereinfachte Kostenoptionen (VKO) und nicht mit Kosten verknüpfte Finanzierung, wurden unzureichend ausgeschöpft, was nicht zur Beschleunigung der Inanspruchnahme beigetragen hat.

Durch die Einführung des Fonds für einen gerechten Übergang wurden zwar wichtige Mittel für Vorhaben zur Unterstützung der Klimawende bereitgestellt, doch die Neuartigkeit des Fonds – im Hinblick auf seine Struktur, seine Verwaltung und auch die Arten von Begünstigten – brachte zu Beginn des Programmplanungszeitraums auch Herausforderungen mit sich. Die Inanspruchnahme begann verspätet, schloss dann aber zu den anderen Fonds auf und nimmt nun schnell an Fahrt auf. Die beobachteten Tätigkeiten stehen im Einklang mit den Zielen des Fonds für einen gerechten Übergang. Der inklusive Ansatz für die Ausarbeitung der territorialen Pläne für einen gerechten Übergang führte zur Entstehung ehrgeiziger Pläne mit einer klaren Ausrichtung auf die Abmilderung der negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Übergangs zur Klimaneutralität auf die am stärksten betroffenen Gebiete und sozialen Gruppen. Die in der Vorbereitungsphase sichergestellte Inklusivität ist ein Beispiel für bewährte Verfahren für die Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine verstärkte Partnerschaft und Mehrebenen-Governance.

Die drei Fonds, die Gegenstand der Evaluierung sind, eignen sich gut zur Beseitigung regionaler Unterschiede. Die Interventionslogik beruht auf territorialen Herausforderungen, die die Programmplanung und Inanspruchnahme sowohl auf nationaler als auch auf regionaler (dezentraler) Ebene ermöglichen. Die Verwaltungskapazität, um den in den territorialen Strategien festgelegten Erfordernissen gerecht zu werden, ist jedoch eine wesentliche Voraussetzung und erfordert entsprechende Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau, um eine erfolgreiche Inanspruchnahme zu gewährleisten. Die Gewährleistung ausreichender Verwaltungskapazitäten, um den in den territorialen Strategien genannten Erfordernissen gerecht zu werden, ist jedoch eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg. Dies bedeutet, dass geeignete Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau ergriffen werden müssen, um eine erfolgreiche Inanspruchnahme zu gewährleisten. **Gleichzeitig hängt die Wirksamkeit der Politik von der Qualität der Governance und den Verwaltungskapazitäten ab.** Wenn sie wirksam eingesetzt werden, **wirken sich Partnerschaft und Mehrebenen-Governance überaus positiv auf Programmplanung und -durchführung aus,** doch gibt es bei der Beteiligung der Interessenträger und im Bereich der Entscheidungsfindung noch Verbesserungsspielraum.

Die Mehrebenen-Governance und die Beteiligung der Regionen und lokalen Behörden schaffen zweifellos einen Mehrwert, indem sie die Wirksamkeit der Durchführung der Programme des EFRE, des JTF und des Kohäsionsfonds erhöhen. In Bezug auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit und die Governance-Vorschriften besteht jedoch noch Raum für Verbesserungen.

In Zukunft werden ein stärkerer Fokus auf Reformen und eine Verbesserung der Governance-Vorschriften erforderlich sein. Die meisten grundlegenden Voraussetzungen sind derzeit erfüllt (98 % der thematischen Bedingungen und alle bis auf eine der horizontalen Bedingungen) und entsprechende Reformprozesse wurden eingeleitet, woran sich eine stärkere Verknüpfung zwischen dem strategischen Rahmen und

den Auszahlungen aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds zeigt. Diese Voraussetzungen sind starke politische Triebkräfte in Bereichen wie **Verkehr**, intelligente Spezialisierung und Klimaplanung. Die Anwendung einheitlicher Voraussetzungen scheint jedoch deren Eignung zur Anpassung an die sich im Laufe der Zeit wandelnden lokalen Erfordernisse und Herausforderungen einzuschränken. Die Anpassung dieser Voraussetzungen an spezifische nationale und regionale Kontexte, möglicherweise auf einer territorialen Ebene unterhalb der NUTS-2-Ebene, könnte ihre Wirksamkeit steigern. Darüber hinaus kann die Schaffung grundlegender Voraussetzungen im Zusammenhang mit dem politischen Ziel 5 „Ein bürgernäheres Europa“ und dem JTF die Synergien zwischen Investitionen und den entsprechenden sektorbezogenen politischen Maßnahmen verstärken.

Effizienz

Vereinfachungsmaßnahmen und Neuerungen, die gemäß dem Rechtsrahmen 2021-2027 eingeführt wurden, tragen dazu bei, den Verwaltungsaufwand zu verringern und die Kosten für Programmbehörden und Begünstigte in allen Phasen der Durchführung im Vergleich zum Programmplanungszeitraum 2014-2020 zu senken. Dies ist weitgehend auf den verpflichtenden elektronischen Schriftverkehr und andere E-Kohäsionsanforderungen zurückzuführen. Mehrere noch bestehende Hindernisse für die Durchführung – im Allgemeinen im Zusammenhang mit den Verwaltungskapazitäten – wurden teilweise beseitigt. Trotz der positiven Aufnahme der Vereinfachungsmaßnahmen (VKO, nicht mit Kosten verknüpfte Finanzierung) ist ihre Anwendung bei den von der Evaluierung abgedeckten Fonds nach wie vor begrenzt und in den einzelnen Mitgliedstaaten uneinheitlich, während die unterschiedliche Art der unterstützten Vorhaben eine umfassendere Anwendung im Rahmen des ESF+ ermöglichte. Zu den Herausforderungen gehören die Anforderungen an die Berichterstattung und Prüfung sowie die Anwendung der überarbeiteten Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO), was darauf hindeutet, dass ein weiterer Kapazitätsaufbau erforderlich ist.

Die Halbzeitüberprüfung 2025 der Programme bietet die Gelegenheit, die Programme auf die derzeitigen und die sich abzeichnenden politischen Prioritäten der EU auszurichten und zugleich das Investitionstempo durch Vereinfachung, größere Flexibilität und finanzielle Anreize zu erhöhen.

Das Überwachungssystem für den EFRE, den Kohäsionsfonds und den JTF wurde im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum verbessert, sodass es nun detailliertere Informationen zu Investitionen liefert und sich besser für evidenzbasierte politische Lernprozesse eignet. Es stützt sich auf einen vollständigeren Satz gemeinsamer Output- und Ergebnisindikatoren, was eine größere Transparenz des im laufenden Zeitraum angewandten ergebnisorientierten Ansatzes gewährleistet.

Das Überwachungssystem könnte jedoch im Hinblick auf die Verfügbarkeit und Kohärenz der Daten weiter verbessert werden, um dem Evaluierungsbedarf besser gerecht zu werden und damit sein Ergebnisse in die Bewertung der Auswirkungen der geförderten Projekte einfließen können. Um einen Satz von Projektdaten auf EU-Ebene vorlegen zu können, erfasst die Kommission die auf den Websites der einzelnen Verwaltungsbehörden veröffentlichten Listen und standardisiert diese Daten, um

programmübergreifende Kohärenz zu gewährleisten. Anschließend veröffentlicht sie die Ergebnisse auf Kohesio. Wenngleich die Daten auf Projektebene auf Kohesio nützlich sind, steht das System noch immer vor erheblichen Herausforderungen, was die Harmonisierung der Daten auf verschiedenen Ebenen und die Gewährleistung einer ausreichenden Datenqualität zur Unterstützung einer kontrafaktischen Analyse angeht. Folglich wurden Vereinfachungen und eine verbesserte Kohärenz durch eine stärkere Automatisierung der Datenübertragung auf operativer Ebene als Teil der Vorbereitungen für den Zeitraum 2028-2034 angesehen.

Durch die klarere Gestaltung der grundlegenden Voraussetzungen im Zeitraum 2021-2027 im Vergleich zu den Ex-ante-Konditionalitäten im Zeitraum 2014-2020 wurde die Effizienz der Programmplanungs- und Durchführungstätigkeiten weiter gesteigert. Dadurch war es den nationalen Behörden möglich, Maßnahmen zu priorisieren und sie an die umfassenderen strategischen Rahmen anzupassen. Die geringere Zahl von Voraussetzungen und die vereinfachten Kriterien für ihre Einhaltung trugen dazu bei, die Verwaltungskosten insgesamt zu senken. Die Anforderung, dass die grundlegenden Voraussetzungen während des gesamten Programmplanungszeitraums erfüllt sein müssen, trägt ebenfalls dazu bei, eine dauerhafte Wirkung zu erzielen, und erhöht die Wirksamkeit der Investitionen.

Kohärenz

In den Programmen des EFRE, des Kohäsionsfonds und des JTF wurden Koordinierungsmechanismen zwischen den Fonds der Kohäsionspolitik und anderen EU-Förderinstrumenten mit unterschiedlichem Koordinierungsgrad eingeführt. Die Erkenntnisse deuten eindeutig darauf hin, dass es solche Mechanismen in allen untersuchten Fonds auf verschiedenen Ebenen gibt, nämlich auf strategischer, programmspezifischer und operativer Ebene. Der Koordinierungsgrad ist je nach Fonds unterschiedlich und besonders hoch bei 1) Horizont Europa und EFRE, 2) der Fazilität „Connecting Europe“ und dem Kohäsionsfonds und 3) dem ESF+ (im Zusammenhang mit dem politischen Ziel 4 „Ein sozialeres und inklusiveres Europa“), Interreg und dem JTF. Umgekehrt sind Koordinierung und Synergien im Falle des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF), des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF), des Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (BMVI) und des Fonds für die innere Sicherheit (ISF) weniger ausgeprägt oder spielen eine weniger wichtige Rolle.

Die Mitgliedstaaten erzielten Synergien, indem sie die Aufbau- und Resilienzfazilität sowie Mittel aus den Fonds, die Gegenstand der Evaluierung sind, nutzten, um verschiedene Teile derselben Investition zu unterstützen oder ergänzende Maßnahmen zu fördern. Synergien können auch erzielt werden, wenn Reformen, die durch die ARF unterstützt werden, Investitionen zugutekommen, die durch die Fonds, die Gegenstand der Evaluierung sind, gefördert werden. Während ihre spezifischen Ausgestaltungen, Ziele und Merkmale keinen direkten Vergleich zulassen, können die grundlegenden Voraussetzungen und die ARF-Reformen als sich gegenseitig verstärkend angesehen werden und sich in einigen Bereichen sogar teilweise überschneiden. Dies bedeutet, dass in Zukunft ein einheitlicher, strafferer Ansatz geboten sein könnte.

Einige ausgereifte Projekte, die ursprünglich im Rahmen der Fonds geplant waren, die Gegenstand der Evaluierung sind, wurden auf die Aufbau- und Resilienzpläne übertragen. Dies trug wahrscheinlich zu Verzögerungen bei der Programmplanung und der Durchführung bei. Der erhebliche Zustrom neuer Ressourcen aus beiden Instrumenten führte zu einem Mangel an Verwaltungskapazitäten.

Partnerschaftsvereinbarungen, das Europäische Semester und einzelne Programmdokumente stellen Rahmen für die Angleichung der Prioritäten auf nationaler, regionaler und EU-Ebene bereit, während die nationalen Reformprogramme die Fonds, die Gegenstand der Evaluierung sind, in den breiteren Kontext der Wirtschafts- und Sozialpolitik integrieren. Sektoren wie Forschung, Innovation und Verkehr zeichnen sich durch ein hohes Maß an politischer Kohärenz aus, während der Bereich der ländlichen Entwicklung nach wie vor ein geringeres Integrationsniveau aufweist. In dezentralen Systemen sind der EFRE, der Kohäsionsfonds und der JTF gut auf die regionalen Erfordernisse abgestimmt, während zentralisierte Ansätze die lokalen Ziele zuweilen nicht korrekt widerspiegeln. Die Interessenträger betrachten die drei Fonds als Instrumente zur Stärkung ortsbezogener Strategien, zur Bewältigung von Herausforderungen im Bereich der Governance und zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit. Die Vielzahl von Strategie- und Programmplanungsdokumenten führt jedoch zu unterschiedlichen Graden an Kohärenz und zu Doppelarbeit.

Die horizontalen Prioritäten und Grundsätze der EU sind in unterschiedlichem Maße in die Programmplanung für den EFRE, den Kohäsionsfonds und den JTF integriert. Die Mittelzuweisungen für Klimaschutzmaßnahmen übersteigen die rechtlichen Mindestanforderungen und machen mehr als das Doppelte der Mittel für den Zeitraum 2014-2020 aus. Auf Klimaschutzmaßnahmen im Zeitraum 2021-2027 entfallen etwa 33 % der EFRE-Ausgaben (gegenüber einem Ziel von 30 %), 56 % der Ausgaben des Kohäsionsfonds (gegenüber einem Ziel von 37 %) und 100 % der JTF-Ausgaben. Die Biodiversitätsziele werden ebenfalls mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützt, wobei diese jedoch sehr unterschiedlich ausfallen und in einigen Mitgliedstaaten nahezu unbedeutend sind. Die Fonds und Programme stehen ferner mit dem Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ im Einklang – wenn auch mit einigen Schwierigkeiten bei der Bewertung dieser Einhaltung – und fördern Strategien und Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter. Darüber hinaus dient die Sicherstellung der Klimaverträglichkeit von Investitionen dazu, potenzielle langfristige negative Auswirkungen auf das Klima zu vermeiden. Die Priorisierung von Klimaschutz, Biodiversität und Geschlechtergleichstellung spiegelt sich auch in den Auswahlkriterien, der Zusammensetzung der Begleitausschüsse und den Programmpartnerschaften wider. Die vorgenannten Anforderungen der durchgängigen Berücksichtigung und Vorschriften für die thematische Konzentration bieten einen Rahmen für die Entscheidungen der Programmbehörden im Bereich der Programmplanung, darunter in Fällen, in denen mehr Flexibilität gefragt ist. Mit den Fondsmitteln werden auch andere horizontale Prioritäten der EU wie saubere Luft unterstützt, ohne dass eine quantitative Anforderung für diese Maßnahmen festgelegt wird.

EU-Mehrwert

EFRE, Kohäsionsfonds und JTF stellen Mittel bereit, um spezifische entwicklungspolitische Herausforderungen anzugehen, die ohne diese Förderung nicht in gleichem Maße bewältigt werden könnten. Dieser Mehrwert lässt sich in vier Hauptdimensionen unterteilen:

- **Kontinuität:** Die drei Fonds, die Gegenstand der Evaluierung sind, schaffen einen Mehrwert durch die ihnen zugrunde liegende langfristige strategische Perspektive und die klaren Erwartungen und die Sicherheit über die gesamten Förderzeiträume des EFRE und des Kohäsionsfonds hinweg. Die Halbzeitevaluierung verdeutlicht, dass durch die Möglichkeit, Investitionspläne zu erstellen und langfristige Investitionen mit Mitteln aus den Fonds zu finanzieren, die Gegenstand der Evaluierung sind, ein erheblicher Mehrwert entsteht, und zwar unabhängig von den nationalen Haushalts- und Politikzyklen.
- **Zusätzlichkeit:** Die EU-Mittel sind in weniger entwickelten Regionen und Gebieten, in denen die lokalen Ressourcen nicht ausreichen würden, um öffentliche Investitionen in Schlüsselregionen, einschließlich ländlicher Gebiete, Regionen in äußerster Randlage und Inseln, zu tätigen, von entscheidender Bedeutung. Ebenso sind sie in stärker entwickelten Regionen von großer Bedeutung, da sie Bereiche wie Innovation, Klimaschutz und einen gerechten Übergang unterstützen.
- **Ortsbezogener Ansatz und Partnerschaftsprinzip:** Ein einzigartiger Mehrwert entsteht außerdem durch den vertikalen (Mehrebenen-)Governance-Mechanismus der drei Fonds, der die EU-Ebene sowie die nationale und die regionale Ebene durch den Rückgriff auf den ortsbezogenen Ansatz und horizontale Partnerschaften miteinander verbindet.
- **Aufbau von Verwaltungskapazitäten:** Die territorialen Ansätze stärken die Interessenträger auf subnationaler Ebene, fördern ihre Beteiligung an der Inanspruchnahme des EFRE, des Kohäsionsfonds und des JTF und festigen somit den Mehrebenen-Governance-Rahmen, während gleichzeitig Kapazitäten auf subnationaler und subregionaler Ebene geschaffen werden. Dies trägt zum Aufbau einer besseren öffentlichen Verwaltung in allen Mitgliedstaaten bei und wirkt sich positiv auf andere Formen der Zusammenarbeit mit regionalen und nationalen Fonds aus, die weiterentwickelt werden können und sollten.

EFRE, Kohäsionsfonds und JTF tragen ferner zur Bereitstellung europäischer öffentlicher Güter bei, wenn solche Maßnahmen die Prioritäten der EU unterstützen. Zu diesen Gütern gehören die Bekämpfung des Klimawandels und der Umweltzerstörung, die Unterstützung des digitalen Wandels, der transeuropäische Verkehr sowie die interregionale und grenzübergreifende Zusammenarbeit und Verteidigung. Zwar würden diese Bereiche auch ohne EFRE, Kohäsionsfonds und JTF weiter unterstützt; Tempo und Umfang dieser Unterstützung würden aber erheblich verringert.

Relevanz

Der partnerschaftliche Ansatz gewährleistet die Beteiligung verschiedener Kategorien von Interessenträgern an der Programmgestaltung und -durchführung. Außerdem stellt er sicher, dass Mittel aus dem EFRE, dem Kohäsionsfonds und dem JTF für Maßnahmen zur Verringerung regionaler Unterschiede bereitgestellt werden. Etwa 72 % der EFRE-Mittel sind auf weniger entwickelte Regionen ausgerichtet, während mit den

JTF-Mitteln spezifische subregionale Erfordernisse unterstützt werden. Die Anforderungen an die thematische Konzentration, mit denen Mindestinvestitionsanforderungen für ein wettbewerbsfähigeres und intelligenteres Europa (politisches Ziel 1 „Intelligenteres Europa“) und ein grüneres und CO₂-armes Europa (politisches Ziel 2 „Grüneres Europa“) sowie für eine nachhaltige Stadtentwicklung festgelegt werden, sind dank der Entscheidungen der Verwaltungsbehörden in allen Mitgliedstaaten übererfüllt.

In den Programmen sind die Herausforderungen und Empfehlungen wirksam berücksichtigt, die im Rahmen des Europäischen Semesters ermittelt wurden, das in verstärktem Maße eine Analyse der Erfordernisse auf subnationaler Ebene sowie eine Liste von Empfehlungen bereitstellt. Aus Dokumentenanalysen, Finanzanalysen und Konsultationen geht hervor, dass die Programme stark auf die im Europäischen Semester 2019 und 2020 ermittelten Herausforderungen und Prioritäten abgestimmt sind, wenn auch mit erheblichen thematischen und geografischen Unterschieden. Die nachfolgenden Semesterzyklen (2022, 2023, 2024), in denen der territoriale Ansatz und die Kohäsionsfonds eine bedeutende Rolle spielen, werden mittels spezifischer Mechanismen bewertet, einschließlich der Halbzeitüberprüfung.

Die Fonds sind nach wie vor für die Verwirklichung der politischen Ziele der EU von großer Bedeutung. Die angenommenen Mittelzuweisungen für die Programme aus dem EFRE, dem Kohäsionsfonds und dem JTF sind sehr gut auf die Strategische Agenda des Rates und die politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin abgestimmt. Darüber hinaus tragen die drei Fonds aktiv zu den in der Strategischen Vorausschau 2023 der Gemeinsamen Forschungsstelle ermittelten Bereichen bei, in denen politischer Handlungsbedarf besteht, sowie zu den im Draghi-Bericht genannten Bereichen zur Ankurbelung des Wachstums, was ihre weitere Relevanz in absehbarer Zukunft sicherstellt.

Die Halbzeitüberprüfung 2025 ist derzeit im Gange und bietet eine wertvolle Gelegenheit, die Programme auf sich abzeichnende Erfordernisse, sich verändernde Umstände und die Prioritäten der EU auszurichten. Dazu gehören die Bereiche Wettbewerbsfähigkeit, Dekarbonisierung, Verteidigung, die östlichen Grenzregionen, erschwinglicher Wohnraum, Wasserresilienz und Energiewende.